

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 31 Globalisierung (1998), S. 122-157
Bücher zum Thema
Rezension

Besprechungen

Bücher zum Thema

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf
Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft

2. korr. Auflage, Münster 1997
(Verlag Westfälisches Dampfboot),
638 S., 58.- DM.

Altvater und Mahnkopf leiten ihre umfangreiche Analyse der Globalisierung, die sich an der ökonomischen Theorie von Marx orientiert, mit der Feststellung ein, daß die Herstellung des kapitalistischen Weltsystems nach 1989 als abgeschlossen gelten kann. Der Globus wurde zum Weltmarkt, in den nahezu alle Regionen und Nationen integriert sind. Durch diese zunehmende ökonomische Integration definiert sich auch der Prozeß der Globalisierung, der aber für Altvater und Mahnkopf in seinem Fortgang ins 21. Jahrhundert keine integrierte Weltgesellschaft, sondern eine gesplante Welt hervorbringen wird. Sowohl innerhalb (Abbau des Sozialstaates) als auch zwischen den

Staaten (Nord-Süd-Konflikt) werden die Gegensätze von arm und reich weiter anwachsen.

Zur Geschichte der Ausbildung des Wohlfahrtsstaates und seinem gegenwärtig betriebenen Abbau liefert bereits der britische Historiker Eric Hobsbawm in seinem Werk *Das Zeitalter der Extreme* eine überzeugende These, der sich Altvater und Mahnkopf anschließen (42). Für Hobsbawm stellen die hohen sozialstaatlichen Standards in Westeuropa eine Antwort auf die Herausforderung der sozialistischen Systemalternative in der Sowjetunion dar. Der Wohlfahrtsstaat präsentiert sich ihm somit als Resultat der Systemkonkurrenz im Kalten Krieg. Nachdem dieser durch den Westen gewonnen wurde, verlieren auch die sozialstaatlichen Standards an Bedeutung.

Die Krise des Sozialstaats ist für Altvater und Mahnkopf aber auch eine Folge des teilweisen Souveränitäts- und Bedeutungsverlusts des Nationalstaats im Zeitalter der Glo-

balisierung. Im globalen Standortwettbewerb, in dem Politik und Gesellschaft den Sachzwängen der kapitalistischen Markt- und Konkurrenzgesetze unterworfen sind, erscheinen sozialstaatliche Standards lediglich als die Unternehmen belastende Kosten. Zudem führt der globale Standortwettbewerb dazu, daß die materielle Leistungsfähigkeit des Nationalstaats rückläufig wird. Die Macht verlagert sich zusehends zugunsten der Entscheidungsträger international operierender Banken und Konzerne, die nicht demokratisch legitimiert sind und sich folglich auch nicht gegenüber einer Wählerschaft zu verantworten haben.

Die vollständige Durchkapitalisierung der Welt würde für Altvater und Mahnkopf nicht nur in die soziale, sondern auch in die ökologische Katastrophe führen. Die Grenzen der Belastbarkeit der natürlichen Umwelt sind bereits in unmittelbare Nähe gerückt, was Treibhauseffekt, Ozonloch, Müllprobleme, Sommersmog etc. deutlich belegen. Die Industriegesellschaft ist somit nicht nur wegen der Markt- und Konkurrenzgesetze zur Erzeugung der weltweiten Ungleichheiten verdammt, sondern auch deshalb, weil die global gleichen Konsumstandards auf hohem Niveau die Grenzen der Tragfähigkeit des Planeten sprengen würden (516).

Altvater und Mahnkopf wählen den Titel ihres Buches *Grenzen der Globalisierung* auch deshalb, weil es ihnen darauf ankommt, „das *Bornierte*“ des kapitalistischen Entwicklungsmodells herauszuarbeiten (17). Trotzdem erscheint es problematisch, von sozialen und ökologischen Grenzen der Globalisierung zu sprechen. Wie lassen sich diese Grenzen bestimmen? Bei welchem Ausmaß an Arbeitslosigkeit, materieller Schlechterstellung und Entrechtung wird die soziale Grenze erreicht? Ist die ökologische Grenze nicht bereits überdehnt oder gar durchbrochen, ohne angemessene politische Gegenmaßnahmen hervorgerufen zu haben? Und vor allem, sind das wirklich Grenzen oder Sackgassen für die kaum durch politisches Handeln zu steuernde Eigendynamik der Kapital- und Profitakkumulation? Schließlich müssen sich die „unverfassten Mächte“ der Unternehmer und Konzernlenker den objektiven Inhalt der Kapitalbewegung bei Strafe ihres Untergangs als Kapitalisten zum subjektiven Zweck machen.

Das Buch von Altvater und Mahnkopf zeichnet sich im Gegensatz zu dem unreflektierten Glauben an die Allheilkräfte des Marktes der liberalen und neoliberalen ökonomischen Theorien durch die Einsicht in die Hinterlist der instrumentellen Vernunft aus. Diese besteht darin, daß der Prozeß der Globalisierung unkontrolliert abläuft, „getrieben von

Bücher zum Thema

vernünftigen Entscheidungen von Millionen und Milliarden von Menschen - und doch im Ergebnis unvernünftig" (15). Trotz dieser Einsicht setzen Altvater und Mahnkopf ihre Hoffnungen auf theoretische Arbeit und politisches Handeln, mit dem Ziel, ein gewisses Maß an Kontrolle und Begrenzung der kapitalistischen Eigendynamik zu erlangen und in alternative ökologisch-soziale Entwicklungsbahnen einzuschwenken. Den Herausforderungen der Globalisierung kann aber weder durch die deliberative Demokratie und den Ausbau der UNO zur Weltregierung (Habermas) noch durch die Erweiterung der Menschenrechte und durch den weltweiten Föderalismus mit lokalen Basisdemokratien (Narr/Schubert) angemessen begegnet werden. Statt dessen votieren Altvater und Mahnkopf für das Projekt der „global governance“, in dem die „Institutionen, Bewegungen, Organisationen der Zivilgesellschaft auf der globalen Bühne erscheinen" (552). Diese fügen sich in ein globales Netzwerk von politischen Akteuren ein, das neben den Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) auch die Marktbeziehungen und die politischen Aktionen der Nationalstaaten und der internationalen Organisationen und Institutionen umfaßt: „Hier tauchen also neue Akteure (polity) auf, die sich auch neuer Politikformen (politics) zur Lösung der neuen Probleme (poli-

cy) auf globaler Ebene bedienen müssen" (590).

Altvater und Mahnkopf sind wie Hobsbawm der Ansicht, daß es im 21. Jahrhundert statt um Wachstum primär um Verteilung gehen muß. Sie schlagen auch drei konkrete marktkonforme politische Regulierungsmaßnahmen vor, die zusammen angewendet zur Steigerung der Beschäftigung und zu umweltverträglichem Wirtschaften führen könnten. Kurzfristige spekulative internationale Kapitaltransaktionen müßten mit weniger als 1% versteuert werden (Tobintax). Dadurch könnten die Finanzmärkte „entschleunigt" und stabilisiert, die Einnahmen zu Transferzahlungen an die Staaten des Südens genutzt und die globale Standortkonkurrenz entschärft werden. Die fossilen und nuklearen Energien müßten durch eine Energiesteuer belastet werden. Dies würde die Umweltbelastung senken, die Personen- und Gütertransporte verteuern und somit die globale Konkurrenz teilweise entschärfen. Die Energiesteuer könnte auch mit einer Entlastung der Arbeit verbunden werden. Mit den Steuereinnahmen könnte nämlich eine Senkung der Lohnnebenkosten kompensiert, damit die Arbeit verbilligt, und die Grundsicherung der Arbeitslosen sowie unumgängliche Arbeitszeitverkürzungen finanziert werden. Außerdem hätte die Steuer einen negativen Effekt auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und

daher einen positiven Effekt auf die Beschäftigung: „Dies würde die Umkehrung der bislang wirksamen Tendenzen der realen Subsumption der Arbeit und der Natur unter das Kapital bedeuten“ (586). Die Erwartungen in eine Energiesteuer, so die Autoren, dürfen aber nicht zu hoch angesetzt werden und letztlich muß das Ziel in der Entwicklung einer energetischen Alternative, der Einleitung einer „solaren Revolution“ bestehen.

Mannuel Knoll

Noam Chomsky, Heinz Dieterich
Globalisierung im Cyberspace. Globale Gesellschaft. Märkte, Demokratie und Erziehung
Unkel, Bad Honnef 1996 (Hartmann), 213 S., 24.- DM.

In seinem Vorwort zum vorliegenden Band entwirft Heinz Dieterich ein Panorama jener von ihm sogenannten „dritten existentiellen Revolution“ im Zuge der weltweiten Expansion des Kapitals (5), in deren Verlauf er im Staat „in der neuen Religion des Marktes und des Konsumismus nur noch (den) Servicebetrieb des Großkapitals“ sieht (6). Zugleich konstatiert er das „Zeitalter der Information“, auf die Konstruktion „der virtuellen oder parallelen Wirklichkeit“ zielend, als „Endstation instrumentelle Vernunft“ (7). Die qualitative Neuerung sieht er darin, daß „Beziehungen

statt Objekte ... zum existentiellen (sic) Orientierungspunkt des Individuums“ werden. Mit Dante charakterisiert er die Devise der neuen Zeit als ein „Incipit vita nuova (sic)“ (10) und mahnt die „zentrale politische Aufgabe des 21. Jahrhunderts“ an: in einem „neue(n) historische(n) Projekt und eine(r) weltweite(n) Bewegung ...“, die aus der Perspektive des Humanismus und der Solidarität den Kampf gegen das Wertgesetz wieder aufnimmt.“

In zwei gesonderten Teilen haben es die Autoren unternommen, diese Eingangsthesen zu begründen und ihre Konsequenzen darzulegen. Zunächst diskutiert Noam Chomsky „Demokratie und Märkte in der Neuen Weltordnung“ (Teil I: 11-42); anschließend befaßt sich Heinz Dieterich mit „Globalisierung, Erziehung und Demokratie in Lateinamerika“ (Teil II: 43-203).

Ohne es lange zu verschweigen: Dieses Unternehmen ist leider in keiner Weise gelungen. Während sich Chomsky enttäuschend und bestenfalls in Allgemeinplätzen und ausführlich umschriebenen Sprichwörtern äußert, verfängt sich Dieterich im Gestrüpp seiner wenig durchdachten und insofern weder neuen noch hilfreichen Konstruktionen.

Chomsky kritisiert zwar zu Recht das US-amerikanische Vorgehen in der Außenpolitik, „multilateral (zu) handeln, wenn wir können, unilateral, wenn wir müssen“ (14) (- wir

haben dieser Tage in Sachen NATO-Erweiterung gerade wieder ein Beispiel davon erlebt) - und verweist korrekt auf die vorgeblich auf reines Menschenrecht gestützten „dauerhaften Wahrheiten“ (12), die nicht verhindern können, daß „westliche Moralisten (seit je) wenig Schwierigkeiten gehabt (haben), mit Massenmördern und Folterern zu verkehren ...“ (21). Allein, die Frage ist doch, wer das nicht schon spätestens seit den sechziger Jahren gewußt hat, so daß die Diskussion um das militärische Eingreifen im Irak eher der Endpunkt einer Entwicklung als erster Anlaß zum Nachdenken ist. (Wie inhomogen diese vergleichsweise kürzliche Diskussion verlaufen ist, erkennt man daran, daß jene in unserem Lande, die die Irak-Intervention am vehementesten ablehnten, zu den ersten gehörten, die eine Intervention für Bosnien forderten. Abgesehen davon, prangert Chomsky merkwürdigerweise die „Kaufmanns-Ethik“ nicht auch dort an, wo sie großzügig über Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens hinwegzusehen geneigt ist.)

Kurzum, es geht nicht nur um eine Wieder-Auflage alter, längst gewonnener Einsichten, sondern vielmehr um die Frage, welche auf Menschenrechten basierte Rechtsverfassung global dazu beitragen könnte, die Ungereimtheiten planetenweiter, interessengesteuerter Interventionen aufzulösen. Diese Antwort bleibt

Chomsky leider nicht nur schuldig, sondern er nähert sich ihr noch nicht einmal ernsthaft an. Er begnügt sich damit, auf das zu verweisen, was wir ohnehin schon wußten: daß viele rechts handeln, aber nicht rechtens.¹ Er muß das selbst schon geahnt haben, schreibt er doch am Ende sichtlich entnervt: „Ich fürchte, daß dies alles kaum die Oberfläche berührt.“ Das fürchte ich allerdings auch.²

Dieterich, im Teil II, gibt sich eher kühl-wissenschaftlich und scheut weder umfangreiche, statistische Verweise und Aufzählungen (44ff.) noch Zitate zwischen Hegel und Wirtschaftswoche (60f., 49). Die Relevanz der Ausführungen eines Konrad Seitz (in letzterer) scheint allerdings zureichend fraglich, und das punktuelle Rekurren auf Hegels Rechtsphilosophie oder auf

¹ Die Gefahren, die sich aus dem Fehlschluß ergeben, das Konstatieren der Tatsache, daß sich nicht alle an das Gesetz halten, impliziere bereits die Berechtigung für eigenes unrechtmäßiges Verhalten, sind gleichfalls bereits in den sechziger (und siebziger) Jahren offengelegt worden.

² Chomsky schließt unter anderem mit der Formulierung: „Eine Stimmung von Verzweiflung, Beklemmung, Hoffnungslosigkeit, Wut und Angst herrscht auf der Welt außerhalb der wohlhabenden und privilegierten Sektoren und der „gekauften Priesterschaft“ ...“ Nach dreißigjähriger, intensiver Diskussion kann das allenfalls als Befindlichkeitsprosa bezeichnet werden.

Adorno - und sei es mit Bezug auf eine Adorno-Interpretation Alfred Schmidts (!) (60) - dient gleichermaßen nicht wesentlich der Wahrheitsfindung. Immerhin wird Marx wenigstens einmal am Rande erwähnt (60f.) - aber gab es nicht noch Ernst Bloch u.v.a.? (Gerade in Blochs „Geist der Utopie“ hätte man Verbindliches über das „Incipit vita nova“ finden können.) Im übrigen ist es schon sehr erstaunlich, daß ein Autor, der doch offensichtlich auf Lateinamerika (vor allem Mexico) spezialisiert ist, an keiner Stelle (so weit erkennbar) die wegweisenden Arbeiten Enrique Dussels der Erwähnung für wert befindet.³

Kurz: Es mangelt zu allem Material (dessen technische Authentizität ich unterstelle) erheblich an theoretischem Grunde. Auf diese Weise muß sich das, was es bei der Lektüre zu erfahren gibt, im längst Bekannten erschöpfen. So ist etwa unklar, inwiefern die „Pyramide der Beschäftigung und Bildung“ eine Besonderheit Lateinamerikas sein sollte (132); wie steht es mit den USA selbst oder mit Westeuropa? Unklar ist des weiteren, inwiefern die Auslagerung von Softwareentwicklung in „Drittworldländer“ (115) - am Beispiel von USA und Indien

gezeigt - zur „Marginalisierung von Nichtbeteiligten“ führt. Nichtbeteiligte dürften immer marginalisiert werden.⁴

Die „Erzeugung des semiotischen Menschen mittels Sozialisierung im Cyberspace“ (140) ist weder eine gelungene Metapher noch sehr deutlich herausgearbeitet. Wie unterscheidet sich denn dieser von den gewöhnlichen „Semioten“, die in deutschen Fernsehtalkshows auftreten dürfen, um ihre Erkenntnisse über Engel, andere Esoterika oder Primitivpsychologie zu verbreiten? Ist das mit der „Durchdringung traditioneller Lebensbereiche durch den kybernetischen Raum ...“ (159) gemeint?

Geradezu surrealistische Dimensionen gewinnt der folgende Satz, der dem Leser zum Genuß überlassen bleibt: „Demokratie im Cyberspace bedeutet, daß der *analphabetische* Saisonarbeiter des brasilianischen *sertao* ... das gleiche Recht besitzt, mit seinen (sic) IBM-Laptop ... die Börsenkurse in New York *einzusehen* oder den Spiegel „online“ *zu lesen* wie ... Cardoso oder ... Menem“ (167) (H. v. m.). Entspricht dieser Satz

³ E.Dussel, *Hacia un Marx desconocido. Un comentario de los manuscritos del 61-63. (1988)* - Id.: *El último Marx (1863-1882) y la liberación latinoamericana. (1990)* Beide bei: Iztapalapa, Siglo Veintiuno Editores, México/Madrid.

⁴ Dazu paßt die nicht sehr neue Erkenntnis, daß „es (einen) engen Zusammenhang zwischen ... der Logik der Kapitalinteressen, der Beschäftigungsstruktur und den globalen und nationalen Bildungsstrukturen ... (gibt): Beschäftigung und Bildung sind abhängige Variable, determiniert von der der (sic) Kapitalinteressen.“ (117)

Bücher zum Thema

etwa dem Mehrheitsdiskurs im „funktionalen Analphabetismus“? Anscheinend.

Dieterich führt aus: „Der Globalisierung des Kapitals und der Universalisierung des homo oeconomicus muß das historische Projekt der universalen Demokratie und der solidarischen Gesellschaft entgegengesetzt werden“ (203). Ja, das wußten wir schon, aber wie tun wir es? Ist dieses Buch ein unverzichtbarer Beitrag, um die gegenwärtigen Weltprozesse zu diskutieren (wie der Verlag auf dem Umschlag behauptet)? Nein, es ist durchaus verzichtbar.

Rainer E. Zimmermann

Anthony Giddens

Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie.

Aus dem Englischen von J. Schulte, Frankfurt/Main 1997 (Suhrkamp), 339 S., 30.- DM.

Darüber, daß in den letzten Jahren vieles zu Ende gegangen und nicht mehr so ist, wie es war, besteht - ob man es bedauert oder nicht - heute weitgehend Konsens. Anthony Giddens, der renommierte britische Soziologe und (neuerdings) Direktor der London School of Economics, beginnt sein Buch mit dem Ende der Politik, mit der These, daß sich die Gestaltungskraft der Politik

erschöpft und ihre zugrundeliegenden Ideologien entleert haben. Dabei untersucht er allerdings nicht den Gestaltungsspielraum von Politik unter den Bedingungen der Globalisierung (durch die er sich faktisch so verringert hat, daß die Unterschiede von Links und Rechts unerheblich geworden sind), sondern beleuchtet die Paradoxien der beiden politischen Perspektiven zugrundeliegenden Theoreme. Die Aporien des Neokonservatismus sieht er darin, daß einerseits sein innerster Kern die Bezugnahme auf Tradition und Natur, andererseits aber sein oberstes Credo das Vertrauen auf den Markt ist. Das freie Spiel der Marktkräfte jedoch hat eine zersetzende Wirkung auf Natur und Tradition, die ihrerseits (jedenfalls in ihrer einstigen Bedeutung) ans Ende gekommen sind. So sehr Konservative und Neoliberale auf den wettbewerbsorientierten Individualismus und einen entsprechend zurückhaltenden Staat schwören, so sehr bejammern sie die von ihnen konstatierte generelle Permissivität in der modernen Gesellschaft und den Zerfall der Familie, und gegen diese Tendenzen wissen sie nur auf starke Initiativen von staatlicher Seite zu setzen.

Nicht weniger hat sich - in Giddens' Verständnis - die Idee des Sozialismus überlebt. Er räumt ein, daß es keine einheitliche Theorie des Sozialismus gibt, versucht aber dennoch, die wesentlichen Elementen

te der verschiedenen Richtungen (von Marx über den britischen Fabianismus bis zum sozialliberalen Keynesianismus) auf einen Nenner zu bringen und ihr notwendiges Scheitern darzulegen, das er in einem durch nichts begründeten Geschichtsoptimismus, in der Unmöglichkeit einer zentralen (einschließlich kybernetischen) Steuerung der Gesellschaft (vor allem der Wirtschaft) und, was die marxistisch orientierte Richtung betrifft, in einem prekären Verhältnis zur Demokratie angelegt sieht. (Erwähnt werden muß dazu, daß Giddens' Verständnis von Demokratie grundsätzlich am liberalistisch-repräsentativen Modell orientiert ist, und daß er die Philosophie von Marx, sowohl die Kritik der politischen Ökonomie als auch die „von Marx vorgetragene Kritik der bürgerlichen Demokratie seiner Zeit“ (93) entweder nur aus zweiter oder dritter Hand kennt, oder aber nicht recht verstanden hat.)

Die Ursachen der gegenwärtigen Entwicklung und des damit einhergehenden sozialen Wandels entdeckt er im Übergang von der einfachen zur reflexiven Moderne im Zusammenhang mit Enttraditionalisierung und Globalisierung. Letztere ist ein umfassendes, keinesfalls nur ein ökonomisches Phänomen, nicht die Entstehung eines Weltsystems, sondern „ein komplexes Gemisch mehrere Vorgänge“ (23), die durchaus konfliktträchtig und auch unter-

einander widersprüchlich sind, eine durch direkte globale Kommunikation und Massenverkehr erzeugte „Art *Fernwirkung*“, durch die lokale soziale Beziehungen und Handlungskontexte „entbettet“ (123), d.h. aus ihrer Ortsgebundenheit herausgehoben und in unbegrenzte Raum-Zeit-Spannen verlagert werden, und umgekehrt „lokale Lebensstile global folgenreich“ (23) werden. Den Begriff der reflexiven Modernisierung verwendete Ulrich Beck schon 1986 in seinem Buch „Risikogesellschaft“, wo er ihn als jene Form der Modernisierung definiert, die als Hintergrund und Gegner nicht mehr, wie die einfache Modernisierung, die hergebrachten Gegebenheiten der traditionellen Gesellschaft hat, sondern eben die von der Modernisierung selbst hervorgebrachten sozialen Muster und Sinnhorizonte der Industriegesellschaft. Giddens verwendet den Begriff weniger präzise im Sinn einer gesteigerten und weiter zunehmenden sozialen Reflexivität, womit er das für eine posttraditionale Gesellschaft charakteristische Phänomen zu umreißen versucht, daß die Individuen in allen möglichen Lebenslagen darauf verwiesen sind, bewußte und auf Information (vor allem auch auf angeeignetem Expertenwissen) basierende Entscheidungen zu treffen, weil das konstitutive Merkmal des täglichen Lebens sein experimenteller Charakter ist, und der Rückgriff auf tradierte Muster nicht mehr möglich ist. Tradition

Bücher zum Thema

möglich ist. Tradition wird dabei nicht einfach verabschiedet, sondern auf ihre Leistungsfähigkeit und ihr Warum hin befragt, so daß sie sich immer aufs neue als sinnvoll auszuweisen hat. Sie lenkt nicht mehr die Individuen, sondern wird von ihnen zugelassen oder nicht. Wird sie auf traditionale statt auf reflexive Weise verteidigt, führt das in die unterschiedlichsten Formen des Fundamentalismus, in denen Giddens eines der großen gegenwärtigen Konfliktpotentiale ausmacht. Den Unterschied zwischen reflexiver und einfacher Modernisierung bringt Giddens in Zusammenhang mit dem Unterschied zwischen *Risiken* einerseits (i.e. durch menschliche Eingriffe in die Natur und die Bedingungen des sozialen Lebens *hergestellte* Unsicherheiten), denen sich zu stellen aktives Vertrauen und Zuversicht erfordert, und *Gefahren* (i.e. externen Unsicherheiten) andererseits, denen die einfache Moderne durch institutionalisierte Absicherungssysteme begegnete, die zusammen mit Politik und Sozialstaat an ihr Ende gekommen sind. Der Sozialstaat, in Wahrheit ursprünglich nicht das Projekt des Sozialismus (wenngleich er heute vor allem von dessen Verfechtern als ihrer letzten Rückzugsbastion verteidigt wird), sondern die Idee des Klassenkompromisses im Rahmen des Nationalstaats und dessen Erfindung, ist gescheitert, weniger aufgrund der Finanzkrise der Staa-

ten, sondern weil sich der Nationalstaat überlebt hat; weil es nicht gelungen ist, Ressourcen von den Reichen auf die Armen umzuverteilen, sondern tendenziell die Mittelschichten begünstigt wurden; weil das Konzept der vorsorgenden Nachsorge immer auch an die tradierte Familienform und die patriarchalisch strukturierten Geschlechterdifferenzen gebunden war; kurz: weil er ein Konzept der einfachen Moderne war.

Giddens stellt ihm das Konzept der „positiven Wohlfahrt“ einer „Nachknappheitsgesellschaft“ gegenüber, in der nicht mehr der für die Industriegesellschaft typische zwanghafte Produktivismus mit seinem Ethos der Berufsarbeit der Männer dominiert, die „etwas Autonomes geworden ist“ (239), und deren Schattenseite die Marginalisierung der Frauen über die Verbannung ihrer Arbeit in die Privatsphäre darstellt, sondern eine neu verstandene Produktivität, die die Arbeit in ein anderes Verhältnis „zu den übrigen Lebenswerten“ setzt. „Die Unterscheidung zwischen Arbeit, die einen unmittelbaren wirtschaftlichen Ertrag bringt, und Arbeit, die mit anderen Zielsetzungen angepackt wird, schwimmt hier.“ (240)

So unklar und analytisch unbrauchbar, wie hier der Begriff der Arbeit gefaßt ist, so ungenau und vage präsentiert sich die gesamte im Buch gebotene Begrifflichkeit. Dem für die industrielle Moderne typischen

und von Berufsarbeit und Karriere vorgezeichneten „linearen Lebensplan“ setzt Giddens eine „Politik der Lebensstile“ entgegen, die durch einen „erfinderischen Politikbegriff“ gestützt wird, dem gemäß dialogische Demokratie das repräsentative Grundmuster ergänzen und seinen Fixierungen entgegenwirken soll. Großen Optimismus flößt ihm dabei „das Umsichgreifen von sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen“ (169) ein. Die dialogische Demokratieform, in der Machtbeziehungen „ausgehandelt“ werden, zeichnet sich seines Erachtens schon jetzt in der Gestaltung privater Beziehungen (Familie, Ehe, Sexualität) ab, die sich „zur sogenannten Form der *reinen Beziehung*“ entwickeln, die Giddens als soziologischen Idealtypus versteht und als eine Beziehung definiert, „die man um ihrer selbst willen - also wegen des Vorteils, den die Verbindung mit dem oder den anderen bietet - eingeht und aufrechterhält.“ (165) Als Folge seiner undurchdachten Begriffe entgeht Giddens offenbar hier sein Selbstwiderspruch. Eine utilitaristisch verstandene und vom erhofften individuellen Nutzen her kalkulierte Verbindung kann nämlich keine Beziehung um ihrer selbst willen sein. Das Aushandeln von Interessen (etwa in Geschlechter-Beziehungen oder im Eltern-Kind-Verhältnis) faßt er als Dialog auf, der sich als Fähigkeit versteht, „durch Einsicht in die Integrität des

anderen aktives Vertrauen zu schaffen. Vertrauen ist ein Mittel zur Ordnung sozialer Beziehungen in Zeit und Raum.“ (163) Auf Grundlage solcher Art von Interaktion hofft Giddens auf die Schaffung neuer Solidaritätsbeziehungen, die dergestalt dann auch unter einem Prinzip vermehrter Autonomie stehen. Es ist kaum zu übersehen, daß seine von ihm so genannte Position des „utopischen Realismus“ Giddens dazu verleitet, Prozesse, in denen Individuen aus bisher für verbindlich gehaltenen Kontexten freigesetzt bzw. herausgeworfen werden, einfach in wachsende Autonomie des „reflexiven Individuums“ umzuinterpretieren. Das ist das Elend dieser Art Soziologie: So bewußtlos die Menschen aus der Not, in Verhältnissen, denen sie ohnmächtig gegenüberstehen, ihrem Leben Bedeutung geben zu müssen, mit Hilfe ästhetischen Leasings von Medien, Werbung, Public Relations und anderen Verwertungsdictaten scheinbar neue Lebensstile erzeugen, so bewußtlos deuten Soziologen, die die Verdinglichung nicht durchschauen, weil sie schon immer Demokratie und Markt verwechselt haben, Reaktionen der Ohnmacht als Freiheit.

Das Problem der Gewalt, dem sich die Menschen dieser reflexiven Moderne nach wie vor gegenübersehen, wird von Giddens auf Männergewalt, Kriege und ethnische Konflikte eingeeengt. Ausdrücklich lehnt er

Bücher zum Thema

Begriffe wie Johan Galtungs „strukturelle“ oder Pierre Bourdieus „symbolische“ Gewalt ab. Die Latenz von Gewalt kann er somit übergehen und die Lösung des Gewaltproblems in oberflächlicher „Befriedung“ suchen, wie sie einst die Nationalstaaten als „legitime Autoritäten“ der Gewaltanwendung (308) geleistet haben, und wie er sie - trotz weiterhin bestehender geopolitischer Rivalitäten - in globalem Maßstab wahrscheinlich werden sieht, zumal in der „nachmilitärischen Ordnung“ einer „Massenmobilisierung für militärische Zwecke eher Widerstand entgegengesetzt“ werde, als das früher der Fall war (313).

Noch naiver sieht Giddens die Lösung des Problems der weltweiten Armut, das eines der „globalen Risikoumfelder“ darstellt. Im Übergang „vom Sozialstaat zur positiven Wohlfahrt“ (243 ff.) und unter Rückgriff auf Publikationen wie Mihaly Csikszentmihalyis „Flow“ und Nancy Corbetts „Inner Cleansing“ wird erkannt, daß Glück, nach dem - wie schon von Aristoteles konstatiert - alle Menschen streben, nicht darauf beruht, „daß man die äußere Welt beherrscht, sondern sein Innenleben in den Griff bekommt.“ Es steht „ebenso wie sein Gegenteil in keinem eindeutigen Verhältnis zum Reichtum oder zum Besitz der Macht“ und es ist „nicht abhängig von äußeren Ereignissen, sondern von unserer Interpretation dieser

Ereignisse.“ In N. Corbetts Worten: „Alle unsere Erfahrungen entstehen aus dem inneren Dialog. Darum werden wir, wenn wir unsere Gedanken ändern, auch andere Gefühle und Erlebnisse haben.“ Es ist schon bemerkenswert, wie sich für die moderne Soziologie das weltweite Armutproblem mit einem einfachen „Think positive!“ lösen läßt. In bestimmten Lebensformen des sog. informellen Sektors, die als vorläufiges Paradigma der „Wohlfahrt in der Nachknappheitsgesellschaft“ dienen, sieht Giddens die starren Schemata von Berufsarbeit, Produktivismus, materieller Versorgung und „Finanzierungsfragen“ im Ansatz schon überschritten. Auf dergleichen Weise wird auch Arbeitslosigkeit entproblematisiert: „Die ‘Arbeitslosigkeit’ war, ebenso wie der ‘Ruhestand’, das Kunstprodukt einer Gesellschaft, in der patriarchalisches Verhalten die Norm bildete und Arbeit mit der Beteiligung am Arbeitsmarkt gleichgesetzt wurde.“(251) Giddens erspart sich die Mühe, danach zu fragen, *weshalb* zunehmend mehr Menschen aus dem System von Wachstum, Konkurrenz und Produktivitätssteigerung, das er mit dem Terminus „Produktivismus“ zusammenfaßt, unfreiwillig ausgegliedert werden, weshalb also überhaupt ein informeller Sektor entsteht, und wie sein Verhältnis zum kapitalistischen Markt aussieht. Immer wieder geht es Giddens „um die Wiederherstellung einer Reihe

vom produktivistischen System zermalmter ethischer Belange" (234), und er glaubt, die „Abwendung vom Produktivismus" beinhaltet eine „Wiederentdeckung der positiven Lebenswerte, wobei Autonomie, Solidarität und Streben nach Glück an der Spitze stehen." (305 f.) Da er den „Produktivismus" selbst als Ursache der Malaise auffaßt, ohne seine Ursache, nämlich das System der blindwütigen, grenzenlosen kapitalistischen Akkumulation begreifen zu wollen (weil ihm, wie allen dem Liberalismus verpflichteten Denkern, der Kapitalismus eine heilige Kuh ist), bleiben auch Begriffe wie Arbeit, Autonomie, Glück und Solidarität Fassade und Verkleidung von nicht verstandenen Zusammenhängen. Sie bleiben bloße schöne Worte.

Über weite Strecken ist „Jenseits von Links und Rechts" ein schnell hingeschriebener, popularisierter und an vielen Stellen redundanter Aufguß von „The Consequences of Modernity" (1990) [dt. „Die Konsequenzen der Moderne, 1994], der es an der Anstrengung des Begriffs ebenso mangeln läßt wie an der sorgfältigen Analyse der beschriebenen Phänomene. So wichtig und ernst die von Giddens schon in seiner Einleitung gestellte Frage „Wie sollen wir leben?" ist (deren Bedeutung ja darin besteht, daß sich in ihr Aristoteles' Frage nach dem guten Leben in einer Gemeinschaft mit Kants Frage „Was soll ich tun?" zu

vereinen scheint, in der also teleologische und deontologische Ethik zusammengedacht auftreten), so unseriös und oberflächlich behandelt er sie, indem er sich in schillernden Formulierungen, zahlreichen Konjunktiven und wohlmeinenden Hoffnungen ergeht, die er in einzelnen (vor allem im privaten Lebensbereich) sichtbaren Tendenzen im Ansatz schon bestätigt sieht, wobei er letztere jeweils mühelos in seinem Sinn optimistisch umdeuten kann, da er auf die Analyse ihrer Ursachen verzichtet.

Bernhard Schindlbeck

Jürgen Habermas

Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie
Frankfurt/Main 1996, (Suhrkamp),
404 S., 36.- DM.

In seinem Vorwort weist Habermas darauf hin, daß es ihm im Vorliegenden wesentlich darum gehe, mit Blick auf seine Theorie des kommunikativen Handelns, auf den Begriff des Anderen abzu zielen und darauf seine ethischen Erörterungen zu stützen: „Der gleiche Respekt für jedermann erstreckt sich nicht auf Gleichartige, sondern auf die Person des Anderen oder der Anderen in ihrer Andersartigkeit" (7). Diese offenbar auf eine Differenzethikweisende Konzeption ist nicht unbedingt neu: Schon seit der ersten

Ethik Sartres ist der Typ der Differenzethik als naheliegender inmitten einer in der Hauptsache sich als permanente Differenzierung von Differenzen verstehenden Welt aufgewiesen worden. Dazu gibt es auch bereits den einen oder anderen kommentierenden Text, samt vorausgreifender Verallgemeinerung.⁵ Gleichwohl gelingt es Habermas, der angesprochenen Grundproblematik, wie nämlich mit der Differenz als Differenz umzugehen sei, neue Aspekte abzugewinnen und diese auf eine seriöse, theoretische Basis zu gründen. Verschiedene Texte im vorliegenden Sammelband von Aufsätzen befassen sich allerdings eher mit Spezialfragen im Rahmen eines auf neuere Moraltheorie zielenden Kontextes. So geht es unter anderem um eine Auseinandersetzung mit John Rawls, um die Diskussion des Nationalstaatsgedankens und um den Begriff der „deliberativen Politik“. Abgesehen von ihrem allgemeinen Nutzen, den die auf jeden Fall anzuempfehlende Lektüre sichert, thematisieren diese Beiträge den Aspekt der „Globalisierung“ nur sehr mittelbar. Wir wollen uns deshalb im folgenden

⁵ Fundamental hierzu der Aufsatz von Klaus Dörner: Über die Randständigkeit des Menschen. In: T.König (ed.), Sartre - ein Kongreß, Rowohlt, Reinbek, 1988, 451-460. Vgl. auch meine Zusammenfassung in "Selbstreferenz und poetische Praxis", Junghans, Cuxhaven, 1991, 24-34.

vor allem auf die beiden Beiträge „Kants Idee des ewigen Friedens“ (192-236) und den Anhang „Die Neutralisierung von Wertkonflikten und das ‘Aushalten von Differenzen’“ (318-336) konzentrieren. Daneben sei noch auf zwei weitere beachtenswerte Aufsätze hingewiesen: „Kampf um Anerkennung im demokratischen Rechtsstaat“ (237-276) - von der Honnethschen Konnotation soll man sich nicht stören lassen - und „‘Vernünftig’ versus ‘wahr’ - oder die Moral der Weltbilder“ (95-127).

Im Sinne Kants soll, so Habermas, „(d)er innerstaatliche Rechtszustand ... in einem globalen Rechtszustand, der die Völker vereinigt und den Krieg abschafft, terminieren.“ Dem liegt der Begriff der *Heautonomie* zugrunde, der die „Idee einer mit dem natürlichen Rechte des Menschen zusammenstimmenden Konstitution“ sichert: „... daß nämlich die dem Gesetz Gehorchenden auch zugleich, vereinigt, gesetzgebend sein sollen“ (Kant-Zitat nach Habermas, 192). Habermas zeigt korrekt, daß es allerdings nicht eine rechtliche Verpflichtung gewesen sein kann, die Kant im Sinne hatte, „da sein Völkerbund nicht als eine Organisation gedacht wird, die mit gemeinsamen Organen eine staatliche Qualität und insofern eine zwingende Autorität gewinnt.“ (197) Kant vertraut mithin auf eine moralische Selbstbindung der Regierungen; und hierauf beruht gerade (wie

schon im Falle seiner Imperativ-Ethik) seine idealistische Fehlinterpretation politischer Praxis. (Unter dem ethischen Aspekt, vor allem unter Einbeziehung ästhetischer Praxis, ist diese Sicht schon bei Schiller implizit, später bei Schelling und namentlich bei Sartre ganz explizit kritisiert worden. Insofern folgt Habermas dieser Linie durchaus nach.)

Habermas arbeitet sehr deutlich heraus, in welcher Hinsicht die drei „natürlichen“ Tendenzen, die Kant dem aufgeklärten Selbstinteresse der Staaten unterstellt, falsifiziert worden sind (was nämlich die friedliche Natur von Republiken, die vergemeinschaftende Kraft des Welthandels und die Funktion der politischen Öffentlichkeit angeht) (199 ff.) - inwiefern sie aber zugleich eine eigentümliche Dialektik historischer Entwicklung aufzeigen, die es nahelegt, *bei je situativer Analyse* der Prozesse tatsächlich auf solche - wenn auch modifizierten - Tendenzen zu stoßen. Habermas zeigt, daß „(n)ichtstaatliche Akteure wie transnationale Unternehmen und international einflußreiche Privatbanken ... die formal zugestandene nationalstaatliche Souveränität“ aushöhlen. Er folgert:

„Heute nötigen weltweit verzweigte Medien, Netzwerke und Systeme überhaupt zu einer Verdichtung von symbolischen und sozialen Beziehungen, die das gegenseitige Aufeinanderwirken lokaler und weit

entfernter Ereignisse zur Folge haben. Diese Globalisierungsprozesse machen komplexe Gesellschaften mit ihrer technisch anfälligen Infrastruktur immer verwundbarer“ (202).⁶

Im Gegensatz zum Kantischen Vorgehen zielt Habermas auf eine „Verrechtlichung“ zwischenstaatlicher Beziehungen, um den Problemen dieser Entwicklung begegnen zu können. Seine aktuellen Beispiele, die unter anderem das „Weltpolizei-Problem“ der UN diskutieren - angesichts der zahlreichen Krisenherde und Kriegsgebiete auf diesem Planeten besonders brisant -, belegen deutlich die Notwendigkeit, das Weltbürgerrecht so zu institutionalisieren, „daß es die einzelnen Regierungen bindet. Die Völkergemeinschaft muß ihre Mitglieder unter Androhung von Sanktionen zu rechtmäßigem Verhalten mindestens anhalten können“ (208). Hier greift Habermas auf das Kernproblem einer globalen Rechtsverfassung zu, durch die internationale Beziehungen in ein per Satzung geregeltes Binnenverhältnis umgewandelt werden. Dadurch erst kann ein wesentlicher Mangel bereits bestehender

⁶ Man vergleiche diese Passage und ihre Herleitung, die durchaus dem Tenor nach den Ausführungen bei Chomsky und Dieterich (hierselbst besprochen) ähneln, mit den dortigen Formulierungen und kann sich sehr anschaulich ein Bild vom qualitativen Unterschied machen.

Satzungen (etwa der UN-Charta) behoben werden: nämlich das Fehlen exekutiver Gewalt (212). Dabei entgeht es Habermas im übrigen nicht, daß das Interventionsrecht der UN, das in Kapitel VII der Charta für Fälle der „Bedrohung der internationalen Sicherheit“ vorgesehen ist, in letzter Zeit äußerst flexibel gehandhabt wurde (213). Das Hauptbeispiel ist hierfür zweifellos die Irak-Intervention. Zwar kann diese konzeptuelle Schwäche (die gegenwärtig durch unilaterales Handeln der USA überdeckt zu werden pflegt) durch die oben angedeutete Rechtsverfassung behoben werden - das politische Handeln wird insofern auf eine eindeutige, rechtliche Grundlage gestellt. Aber nach wie vor gilt die letztere eben nur für *Mitglieder*, die die Satzung unterzeichnet haben. Für Nicht-Mitglieder könnte sie nicht eingeklagt werden (und es steht zu erwarten, daß bei einer Ausweitung der Kompetenzen eine solche Satzung weit weniger Anklang fände als die UN-Charta, die viele zu nichts verpflichtet).⁷

⁷ Daraus folgt, daß zum Beispiel „Kriegsverbrecher-Tribunale“, die über Gewalttaten im ehemaligen Jugoslawien urteilen sollen, dies nur rechtens tun können, falls einzelne, betroffene Länder, Bosnien etwa, dies so beantragen, aber auch selbst der geltenden Satzung, die dem Verfahren zugrundeliegt, beitreten. Das gilt im übrigen auch für Staatsverbrechen in der ehemaligen DDR. Die hierdurch bewirkten Schwierigkei-

Das heißt also, man kommt auch in diesem formal geregelten Fall nicht umhin (ähnlich dem innerstaatlichen Anliegen einer Staatsanwaltschaft), „internationale Sicherheit“ im Sinne von „öffentlicher Ordnung“ zu *konstruieren* - und das hat wiederum seine Schwächen, denn auf welches Recht sollte faktisch rekurriert werden? Vor allzu großem Optimismus (auf den wohl auch Habermas hin-zusteuern scheint) muß gewarnt werden. Wenn die „Welt ... gleichsam den Meridian einer Gegenwart (definiert), an dem sich die politische Gleichzeitigkeit des ökonomisch und kulturell Ungleichzeitigen bemißt“ (215), kann die Hoffnung allenfalls auf dem zureichenden „Funktionieren“ einer Bastelei (bricolage) von Konstruktion beruhen.

Im zweiten Abschnitt des Anhangs (zu „Faktizität und Geltung“, 318 ff.) deutet Habermas an, auf welche Weise eine Lösung in diesem Sinne denkbar erscheint. Im Zusammenhang mit der Kritik McCarthys an seinem Entwurf schildert er den Aspekt der „Abstraktionszumahmung“, die in Hinsicht auf die Frage, wie Differenzen tatsächlich ausgehalten werden können, am ehes-

ten sind von unübersehbarem Ausmaß. Man erkennt daran deutlich, daß aktuelle Fragen, etwa die Präsenz deutscher Truppen im ehemaligen Jugoslawien, vor dem Hintergrund einer solchen rechtlichen Situation bei weitem nicht geklärt sind.

ten geeignet ist, im Konfliktfall nach einer neutralen Regelung zu suchen, die gleichberechtigte Koexistenz und ebenso die Legitimation durch Verfahren zu sichern imstande ist (321). Habermas zielt hier eher auf innerstaatliche Konflikte (etwa zwischen verschiedenen Kulturgruppen), als Beispiel führt er so das kürzliche „Kruzifix-Urteil“ des BVG an, aber seine Strategie ist für einen globalen Ausgriff auf zwischenstaatliche Beziehungen gleichermaßen geeignet. Dabei muß vor allem bedacht werden, daß „(d)emokratische Mehrheitsentscheidungen ... nur Zäsuren in einem unter Entscheidungsdruck (einstweilen) abgebrochenen Argumentationsprozeß (bilden), dessen Ergebnisse auch von der überstimmten Minderheit als Grundlage einer für alle verbindlichen Praxis angenommen werden können“ (327).

Es bleibt gleichwohl das Problem des „mensenrechtlichen Universalitätsanspruch(s)“ (331), dem Habermas zentrale Aktualität bescheinigt, angesichts des Streits um verschiedene interessengesteuerte, nationale oder kulturelle Lesarten von Menschenrechten. Insofern bewirkt Globalisierung gerade einen Anstieg des Konfrontationspotentials und somit eine Verstärkung von Konflikten. Dazu gelingt Habermas die folgende überaus interessante Formulierung:

„Es gibt Konzeptionen des Guten, die autoritäre Binnenverhältnisse sanktionieren. Nötigenfalls müssen in Deutschland nicht nur die Rechte türkischer Mädchen gegen den Willen von Vätern, die sich auf Prärogativen ihrer Herkunftskultur berufen, durchgesetzt werden, sondern überhaupt individuelle Rechte gegen Kollektivansprüche, die einem nationalistischen Selbstverständnis entspringen“ (332)“

Auf dieser (also ethischen) Grundlage bestreitet Habermas zum Beispiel auch die Berechtigung der allgemeinen Wehrpflicht.⁸

Aber es fehlen noch immer die konkreten Kriterien, die einem solchen Vorgehen zugrundeliegen müssen. Schon die zustimmende Wiedergabe der Frage von McCarthy („Ist die Suche nach Wahrheit in ‘der’ objektiven Welt ein angemessenes Analogon für die Suche nach Gerechtigkeit in ‘unserer’ sozialen Welt?“) deutet auf diese Schwierigkeit hin (335). Denn es steht allerdings zu befürchten, daß Gerechtigkeit

⁸ Wie der Fernsehsender Arte in seinem Themenabend am 10.7.97 zum Islam erhellend zeigte, läuft eine Hauptargumentation (türkisch-)islamischer Fundamentalisten in Deutschland, die die Umgehung der Verfassung in Einzelfällen legitimieren soll, über das „Gottesargument“: „Wenn uns der HERR ein Gesetz gegeben hat, wie kann dann ein von Menschen gemachtes Gesetz besser sein?“ Die Antwort kann in lakonischer Kürze erteilt werden: „Wenn.“ Und das ändert alles.

Bücher zum Thema

keit in der Tat konzeptuell nicht stärker gefaßt werden kann als das, was in den Wissenschaften als Wahrheit gilt. Das wäre dann recht unbefriedigend, denn es gibt zwar ein häufiges, allgemeines Funktionieren der Konzepte, aber behaftet mit zahlreichen Fehlern und manchmal um den Preis von Katastrophen.

Habermas sieht deshalb abschließend folgenden Aspekt: „In Ansehung des Universums der *von uns erzeugten* symbolischen Gegenstände müssen wir aber, wie ich jetzt vermute, mit einer Klasse von Aussagen rechnen, die hic et nunc weder wahr noch falsch sind und gegebenenfalls erst dann entscheidbar werden, wenn es uns gelingt, ein Begründungsverfahren (wie in der Mathematik ein Beweisverfahren) zu *konstruieren*.“ (335) Hier scheint mir in der Tat ein neuer Ansatzpunkt für weitere Forschung zu liegen. Schon allein diese Anregung wäre die Lektüre des neuen Habermas-Bandes wert.

Rainer E. Zimmermann

Reiner Hoffmann, Manfred Wannenöfel (Hg.)

Soziale und ökologische Sackgassen ökonomischer Globalisierung. Das Beispiel NAFTA

Schriftenreihe Hans Böckler Stiftung, Münster 1995 (Westfälisches

Dampfboot), brosch., 258 S., 39.80 DM.

Wenn im Zuge ökonomischer Globalisierung Arbeitnehmer und Umwelt auf der Strecke zu bleiben drohen, liegt das nicht an den Sachzwängen dieses Prozesses, sondern daran, wie er gestaltet wird. Anhand der politischen Entscheidungen, die bei der Bildung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) getroffen wurden, zeigen die Autoren dieses Buches, wie die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung so gesetzt wurden, das sie auf Kosten von Arbeitnehmern und Umwelt geschieht.

Einziges Ziel der NAFTA ist der freie Handel - unter der stillschweigenden Annahme, daß er von allein positive Folgen für Gesellschaft und Umwelt haben werde. Unter welchen politischen bzw. sozialen Bedingungen die auszutauschenden Waren hergestellt werden, und welche Auswirkungen die Produktionsweisen auf soziale Verhältnisse und Umwelt haben, wird (unter Hinweis auf die Respektierung nationaler Souveränität) ignoriert. Wegen des Ausblendens dieses Teils der Realität, erfolgt die durch die Einbindung in einen größeren Markt geforderte, verschärfte Flexibilität der Produktion ebenso wie die Kostensenkung allein auf dem Rücken der Arbeitnehmer. Deren Ohnmacht zur Durchsetzung ihrer Interessen ist in Mexiko in der Aus-

gestaltung der politischen und sozialen Institutionen angelegt.

Diese Schwäche der Arbeitnehmer im wirtschaftlich unterlegenen Land wirkt wie eine Waffe gegen die Handlungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer im wirtschaftlich stärksten Staat des Bündnisses, den USA. Sofern eine Harmonisierung der Arbeits-, Sozial- und Umweltbedingungen erfolgt, geschieht dies tendenziell auf unterstem Niveau. Eine Verbesserung der Bedingungen in allen Staaten auf den Standard, wie er zum Teil in den USA schon erreicht wurde, ist nicht vorgezeichnet - weil bei der Gestaltung der NAFTA-Verträge tunlichst alles vermieden wurden, um eine solche Entwicklung zu initiieren. Passagen über Arbeitsbedingungen und Umweltschutz haben nur kosmetischen Charakter. Sie sollten die Kritiker der Abkommen vor deren Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten ruhigstellen. So gibt es in dem Text z. B. Verweise auf die mexikanischen Arbeitsschutzbestimmungen, die auf dem Papier tatsächlich beeindruckend sind. Daß man sich um ihre Einhaltung nicht schert, ist kein Thema.

Die Autoren des Buchs setzen sich auch mit Strategien auseinander, was Arbeitnehmer, Umweltschützer, Gewerkschaften und andere Interessensverbände tun könnten, um den Globalisierungsprozeß so zu beeinflussen, daß er nicht nur den Unternehmensinteressen, sondern

auch denen der Beschäftigten dient und die Umwelt nicht überproportional belastet. Bereits existierende Ansätze in diese Richtung sowie die Schwierigkeiten, die dabei auftreten, werden dargestellt und künftige Handlungsmöglichkeiten umrissen.

Jadwiga Adamiak

Marshall McLuhan, Bruce R. Powers

The Global Village. Der Weg der Mediengesellschaft in das 21. Jahrhundert

Vorwort v. D. Baacke, Paderborn 1995 (Jungfermann), 284 S., 58.-DM.

Marshall McLuhan, der am Zentrum für Kultur und Technologie in Toronto forschte und lehrte, gilt vielen als der erste „Medientheoretiker“. Diesem Begriff hängt in Deutschland noch immer eine Ambivalenz an: auf der einen Seite stehen diejenigen, für die Medientheorie jede andere Geistes- und sozialwissenschaftliche Disziplin überflüssig machen wird, während gerade aus dem akademischen Bereich scheele Blicke auf diese sich erst formierende Disziplin geworfen werden. Um diese Auseinandersetzung nicht nur mit Schlagworten oder allgemeiner Skepsis zu führen, ist das Lesen der Schriften ein gutes Mittel, zu einer ausgewogenen Einschätzung zu gelangen. Im Falle

Bücher zum Thema

McLuhans ist das gar nicht so leicht, denn seine Publikationen sind in Deutschland häufig nicht mehr im Buchhandel erhältlich. Die Herausgabe von „The Global Village“ ist unter diesem Gesichtspunkt schon ein Lob wert. McLuhan konnte dieses Buch, sein letztes, nicht mehr selbst veröffentlichen. Erst 1989 publizierte der Ko-Autor Bruce R. Powers das zwischen 1976 bis 1984 entstandene Werk, an dem McLuhan bis zu seinem Tod 1980 mitarbeitete.

In eine Schublade paßt *The Global Village* nicht - jedes einzelne Kapitel könnte als ein Essay für sich stehen, aus unterschiedlichen Perspektiven wird immer wieder ein Problem umkreist. McLuhan unternimmt dazu Ausflüge in die Hirnforschung, die Psychologie, die Kulturanthropologie und die Literatur, und irgendwann setzt sich dieses Puzzle zu einem Gesamtbild zusammen. Die Gesellschaft, in der auch wir leben, unterliegt einem tiefgreifenden Wandel, in dem die Medien eine zentrale Rolle spielen. Damit ist keine neue „Welle des Wandels“ gemeint, denn Medien sind für McLuhan „Formen von Sprache“. Er analysiert das Problem als ein kulturelles, als ein Problem der westlichen Zivilisation der christlich-abendländischen Tradition. Gesellschafts- und Kulturtheorie werden hier in eine Medientheorie transformiert, und unter diesem Aspekt gewinnt *The Global Village* seine Brisanz. McLuhan setzt diese These

san. McLuhan setzt diese These auch in der Struktur des Buches um. Die einzelnen Essays stehen in loser Verknüpfung nebeneinander und erfordern vom Leser Kombinationsgabe und Assoziationskraft, um die Verflechtungen, Zwischenflächen, Rückkopplungen zwischen den Versuchen, der Wandlung auf die Spur zu kommen, zusammenzuhalten. Auch die Gestaltung des Buches in seiner graphischen Visualisierung fügt sich in diese Argumentation ein.

Eine der Kernthesen McLuhans besagt, daß die in unserer Kultur dominierende linke Gehirnhälfte, sequentiell und linear funktionierend, eine Ordnung in die Welt hineinliert und im Zuge dessen das rechts-hemisphärische Denken, das assoziativ und „alles zugleich und auf einmal“ wahrnehmend arbeitet, in den Hintergrund gedrängt wird. Rechts-hemisphärische Probleme, und dazu gehören die Ergründung der verborgenen Eigenschaften und Auswirkungen von Sprache und Technologien, können aber mit links-hemisphärischen Techniken nicht adäquat angegangen werden. Das gleiche einem „Steptanz in Ketten“. Diese Ketten legt McLuhan sich nicht an, und dadurch ist dieses Buch oftmals überraschend und erfrischend, wie es nur spürbar ist, wenn neue Wege eingeschlagen werden, aber oftmals auch irritierend, weil unsere Tradition eine ge-

nauere und linear nachvollziehbare Argumentation fordern würde.

McLuhan untersucht die Probleme, die aus der Struktur der Sprache erwachsen, von verschiedenen Standpunkten aus und durch diesen Perspektivenwechsel kristallisiert sich die „Alphabetisierung“, die Zerlegung eines Wortes in invariable Bestandteile, als ein zentrales, unsere ganze Kultur prägendes Phänomen heraus. Hier liegt ein Grund für das quantitative Denken, das unsere Kultur dominant durchzieht und qualitative Unterschiede und Veränderungen kaum wahrzunehmen, geschweige denn wirklich zu denken, imstande ist.

McLuhan ist ein Grenzgänger zwischen der alten und der neuen Welt, er lebt, denkt und schreibt aus einem „Dazwischensein“, einem Leben an der Grenze. Sein Urteil bleibt immer ein schwebendes, denn es kann noch etwas geschehen und es kann noch gehandelt werden. Wachsamkeit als Reflexion und gegenseitige Beobachtung als kritische Kommunikation sind in dieser Situation notwendig. Medien präfigurieren als Vermittlung zwischen Mensch und Welt unsere Wahrnehmungsweisen, und wenn wir nicht durch Reduktionen unserer Wahrnehmung auch Teile unseres Menschseins aus dem Blick verlieren wollen, müssen diese Bedingungen reflexiv eingeholt werden. Medien verändern unsere Lebenswelt global, und unsere Denk-, Gefühls-

und Handlungswelt muß sich diesen Veränderungen anpassen, sich qualitativ umorientieren und wieder ein Gleichgewicht finden. McLuhans Medientheorie berührt an diesem Punkt die philosophische Anthropologie und steht in aufklärerischer Tradition nach der „Dialektik der Aufklärung“.

Christian Vogt

Robert Misik

Mythos Weltmarkt. Vom Elend des Neoliberalismus

Berlin 1997 (Aufbau Taschenbuch Verlag), Kt., 144 S., 12.- DM.

Robert Misiks zentrales Interesse gilt der Ideologiekritik. Der in Berlin und Wien lebende Journalist unterzieht in seinem Essay den Neoliberalismus und die „heute allmächtige Ideologie“ der Globalisierung einer „Religionskritik“. Der sich alternativlos gebenden „Diktatur des Marktes“ stellt Misik das Programm einer „Repolitisierung“ von Gesellschaft und Ökonomie entgegen.

Ausgangspunkt seiner Analyse ist dabei die These vom „Verschwinden des Staates“ (15) und mit ihm des „Politischen“ überhaupt: Der Staat, der den kapitalistischen Einzelinteressen früher einmal selbstbewußt als ‘Substanz des Allgemeinen’ gegenübertrat, gerät unter den Bedingungen der neuen,

Bücher zum Thema

nämlich globalen Organisation dieser Einzelinteressen, zunehmend in die Defensive. Misik beschreibt das qualitativ Neue der Lage wie folgt: „Wenn Staaten auf einem radikal freien Weltmarkt, mit konkurrierenden Lohnkosten, dereguliert flottierenden Währungen und allein ökonomistisch, das heißt auf internationalen Finanzmärkten bestimmten Zinssätzen, miteinander in den wirtschaftlichen Wettbewerb treten, verschwindet die politische Logik staatlicher Interessenspolitik zugunsten einer bloß noch unternehmerischen Logik.“ Nicht allein die Unternehmen konkurrieren (wobei sie sich dem staatlichen und politischen Zugriff schon längst transnational entzogen haben), sondern die Staaten selbst geraten angesichts der global vernetzten Produktionsverhältnisse in einen „Standortwettkampf“: „Der Prozeß der Globalisierung untergräbt den Staat, die Grundlage aller Politik. Der Begriff des Staates verschwindet aus dem Horizont politischen Denkens“ (15).

Diesen realen Prozeß der Globalisierung greift die Theorie des Neoliberalismus ideologisch auf. Das heißt, sie stattet ihn mit den 'Insignien des Allgemeinen' aus und hypostasiert ihn in ihren Mythen, wie dies laut Misik „alle kraftvollen Überzeugungen“ tun: „Die allmächtige neoliberale Illusion ... glaubt an die heilsame Wirkung des Marktes, sie glaubt an die Möglichkeit glau-

bensfreier Politik, sie glaubt daran, daß es sich hierbei im Grunde um keine Politik im eigentlichen Sinne mehr handelt. Allein über diesem illusionären Kraftfeld, dessen Sog sich kaum jemand zu entziehen vermag, erhebt sich jene ideologische Vorherrschaft, die sich durch die Tatsachen, die sie selbst schafft, bestätigt sieht. Nicht die Fakten und die Wirklichkeiten sind also die Motoren der globalistischen Revolution und Antrieb zur Umcodierung unserer politischen Begriffe, sondern das Innerste der neoliberalen Glaubenshaltung“ (102). Misiks Ideologiebegriff beinhaltet im seinem Kern, daß alle Ideologien, werden sie zu „kraftvollen Überzeugungen“, „gerade im Glauben den Antrieb allen Handelns“, „in der Illusion den Motor aller Politik“ besitzen (102). „Glaube“ und „Illusion“ als wesentliche Handlungsantriebe gelten demnach für den Neoliberalismus ebenso wie für den Marxismus.

Das 'illusionäre Movens' faßt Misik allerdings *ausschließlich in Form eines heilsgeschichtlichen Versprechens*, einer diesseitigen Verwirklichung des „ganz anderen“. Dabei beruft er sich hauptsächlich auf das Denken des aus Wien stammenden Rabbiners und Philosophen Jacob Taubes, der im Anschluß an Walter Benjamin und Carl Schmitt versuchte, „an die letzten Reste apokalyptischer Erfahrung der Geschichtsphilosophie anzuknüpfen, um sie in den Dienst einer profanen Analyse

der Jetztzeit zu stellen" (J. Taubes, zit. n. Misik 103). Die gängige Unterstellung heilsgeschichtlicher Elemente in der Theorie des dialektischen Materialismus ist für Misik also kein Stein des Anstoßes. Er sieht, ganz im Gegenteil, in der 'Indienstnahme'

heilsgeschichtlicher Elemente die unverzichtbare Bedingung jeder politischen Theorie, will sie geschichtlich wirksam werden.

Teilt man diese Ansicht Misiks, dann sind seine weiteren Ausführungen allerdings plausibel: Das „E-land des Neoliberalismus“, wie es der Untertitel benennt, liegt dann darin, daß der Neoliberalismus *nicht in der Lage ist, ein Heilsversprechen abzugeben*. Die Kräfte nämlich, denen er sich verschrieben hat, *sind bereits etabliert*. Nichts aufrüttelnd Neues, steht auf seinem Banner - es geht lediglich um die - jetzt globale - Durchsetzung des altbekannten Ökonomismus. Der Neoliberalismus kann also laut Misik die Massen nicht ergreifen, weil diese von ihm nur - in verschärftem Maße - zu erwarten haben, was sie bereits zur Genüge kennen.

Das aufrüttelnd Neue wäre dagegen eine „Repolitisierung“ der Gesellschaft, die die Vorherrschaft des Politischen über die Ökonomie wiederherstellte. Dabei unterstellt Misik eine Art anthropologischen „Tatsinn“ (117), der zu allen Zeiten auf die politische (Mit-)Gestaltung der eigenen Lebensumstände ausgerichtet war. Dieser - aufgrund der

gegenwärtigen gesellschaftlichen „Überdeterminiertheit“ - vergessene oder verdrängte Sinn kehre solange in symptomatischer Form wieder, bis er schließlich zu einem „Erwachen der verdrängten Erinnerungspur“ (113) führe. In diesem Zusammenhang beruft sich Misik auf die Psychoanalyse Freuds: „Das Revolutionäre ist das Verdrängte. Deswegen notwendige Wiederkehr lehrte uns Freud“ (112).

Der 'revolutionäre Tatsinn' kehrt also Misik zufolge solange als Symptom wieder, bis er 'bewußt' wiedererinnert wird. Damit er aber auch zu einer geschichtsmächtigen Kraft werden kann, muß er nach Auffassung Misiks ideologisch mit „Glaube“ und „Illusion“ aufgeladen und zu einem Heilsversprechen verschmolzen werden. Für sein Programm einer Repolitisierung der Ökonomie fordert Misik „eine illusionäre Bekräftigung, eine durch nichts begründete Hoffnung, kurzum eine Ideologie, die zum Motor eines solchen Prozesses werden kann. Wenn man so will: ein Versprechen, welches das, was es verheißt, zwar nicht halten kann, doch so zum Antrieb der Wiedereroberung eines Raumes für Politik wird. Einen festen Glauben also, wie ihn Karl Marx im Namen des Proletariats in die Welt rief: Ich bin nichts und ich müßte alles sein“ (S. 126).

Die Definition von Glaube, Illusion und Heilsversprechen als *alleinigsten Motivationskräften* politischer Theo-

rien scheint mir der Punkt zu sein, an dem die Kritik an der Konzeption Misiks anzusetzen hat. Nicht die Legierung von Theorien, Emotionen und Leidenschaften zu emphatisch motivierenden, geschichtsmächtigen „Überzeugungen“ ist problematisch (Hegel zufolge kann man sich auf *denselben Gegenstand* theoretisch, emotional, praktisch und ästhetisch beziehen, ohne daß die verschiedenen Vermögen sich dabei *prinzipiell* beeinträchtigen), sondern allein das angegebene Niveau. Die Frage, die an Misik zu stellen ist, lautet: Sind denn (auch im Hinblick auf die gesamte Menschheitsgeschichte) religiöse, in Glaube und Illusion wurzelnde Heilsversprechungen tatsächlich die einzigen und ausschließlich zu konstatierenden geschichtsmächtigen Motivationskräfte menschlich-politischen Handelns? Und lassen sich emphatische Emotionen nicht auch mit der *Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse* und an diese unmittelbar anknüpfend zu Überzeugungen verschmelzen, die 'Beine machen', ohne daß dabei unvermittelt auf heilsgeschichtliche Versprechungen rekurriert werden müßte?

Wolfgang Thorwart

Wolf-Dieter Narr, Alexander Schubert

Weltökonomie. Die Misere der Politik

Frankfurt/Main 1994 (Suhrkamp), 280 S., 19.80 DM.

Im ersten Teil des Buches analysieren die Autoren gut nachvollziehbar die Eigendynamik der Globalisierung: wie sie zu immer krasserer Ungleichheit führt, sowohl innerhalb der Staaten - als auch zwischen ihnen: Der scharfe Konkurrenzkampf der transnationalen Konzerne (der früheren „Multis“), angeheizt durch die weltweite Suche der Anleger nach hohen Renditen, geht auf Kosten breiter Schichten der Bevölkerung in den Industriestaaten; Arbeitsplätze werden wegrationalisiert, Zulieferer unter Druck gesetzt. Alle, die dem Wettbewerbsdruck nicht gewachsen sind, werden abgehängt.

Die Misere der Politik resultiert vor allem daraus, daß den Nationalstaaten durch die Globalisierung zunehmend die Kontrolle über die Ökonomie entzogen wird. Nun müssen sie einerseits versuchen, durch optimale Standortbedingungen Konzerne zu halten oder anzulocken, was zu einer Konkurrenz der Staaten untereinander führt, andererseits müssen sie in zunehmendem Maße die Opfer des Wettbewerbs - manchmal ganze Regionen - „auffangen“.

Damit nicht genug, trägt auch die Krise der repräsentativen Demokratie zur Misere der Politik bei. Die

Undurchschaubarkeit der weltökonomisch-politischen Zusammenhänge und die Angst vor dem sozialen Abstieg schaffen nicht den selbstbewußten, politisch interessierten und informierten Bürger, den die Demokratie braucht. Statt dessen müssen ohnmächtige Repräsentanten teilweise „Unpolitik“ betreiben, um unpolitische, gefühlsmäßig entscheidende Wähler bei der Stange zu halten.

Der Konkurrenzkampf der Staaten untereinander führt zudem, trotz aller Globalisierung, zu regionalen Staatenblöcken mit der Tendenz, sich abzuschotten, was vor allem zu Lasten der ärmsten Staaten geht. Die wachsende Kluft zwischen arm und reich, sowohl inter- als auch innerstaatlich (am Beispiel der USA) belegen die Autoren mit beeindruckendem Zahlenmaterial.

Nach dieser aufschlußreichen, mit vielen Beispielen illustrierten, aber deprimierenden Analyse hofft der Leser nun, im zweiten Teil des Buches Lösungsansätze zu finden. Leider bleiben diese aber sehr abstrakt und schwer zu fassen.

Klar wird vor allem, daß die Hoffnung auf einen Weltstaat keine Lösung bietet, da dieser, wie die bisherige Erfahrung mit den Vereinten Nationen zeigt, die nicht zu kontrollierende Herrschaft der Reichsten und Stärksten über den Rest der Welt bedeuten würde.

Einige Zuversicht setzen die Autoren dagegen in die wachsenden Ak-

tivitäten der NGOs, der überstaatlichen, nicht regierungsabhängigen Organisationen wie Greenpeace etc. Letztendlich schwebt ihnen eine „Welt der Regionen“ vor, eine Welt, gegliedert in gleichberechtigte, relativ selbständige, regionale Einheiten von einer für den Bürger überschaubaren Größe und basisdemokratischer Organisation. Sie hegen die Hoffnung, daß dort die Politik die Ökonomie an die Leine nimmt und nicht umgekehrt. Eine Ausarbeitung dieser Idee, geschweige denn Andeutungen, auf welchen Wegen sie zu realisieren wären, findet man allerdings nicht.

Beate Kießner-Predojevic

Kenichi Ohmae

Der neue Weltmarkt. Das Ende des Nationalstaates und der Aufstieg der regionalen Wirtschaftszonen

Hamburg 1996 (Hoffmann & Campe), 287 S., 49.80 DM.

Aus der Sicht des Wirtschaftsexperten Kenichi Ohmae haben die Nationalstaaten im Zeitalter der Globalisierung ausgespielt. Seine Analyse der Finanz-, Produktions- und Arbeitsmärkte zeigt deutlich die schwindende Einflußnahme der Politik auf das wirtschaftliche Geschehen. Ohmae setzt völlig auf das

Bücher zum Thema

Dogma des Neoliberalismus, allerdings sind es nun nicht mehr die Nationalstaaten, die ihren Bürgern Wohlstand sichern können, sondern es sind regionale Wirtschaftszonen, die für immer mehr Wohlstand sorgen werden. Dieser Wohlstand wird sich aber erst dann einstellen, wenn die Nationalstaaten damit aufhören, sich in das wirtschaftliche Geschehen einzumischen und statt dessen nur noch die „unsichtbare Hand“ des Marktes herrscht.

Für Ohmae gibt es überhaupt keinen Zweifel daran, daß es einzig die Umverteilungsmaßnahmen innerhalb des Nationalstaates sind, die das Wachstum bremsen und die prekäre wirtschaftliche Situation beispielsweise in seinem Heimatland Japan hervorgerufen haben. Gäbe es die Subventionspolitik nicht, so Ohmae, müßten sich die 44 Distrikte in Japan, die seiner Meinung auf Kosten der 3 Distrikte Tokio, Osaka und Nagoya leben, selbst nach Einkommensquellen umsehen. Sicherlich würden sie dann von der völlig unproduktiven und ideologisch verbrämten Landwirtschaft umsteigen auf Hochwertproduktion. Zwar ginge es den Menschen zunächst einmal schlecht, doch dies wäre sicherlich nur ein vorübergehender Zustand.

Im Zeitalter der Globalisierung sind es vier Kräfte, die für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes entscheidend sind, die vier I, wie Ohmae sie bezeichnet: *Investitionen*, also

Kapital, *Industrie* oder vielmehr transnationale Konzerne, die *Informationstechnologie*, mit deren Hilfe sowohl das Kapital wie auch die Konzerne weltweit operieren können und nicht mehr an die nationalen Grenzen gebunden sind, und als vierte Kraft nennt Ohmae die *individuellen Konsumenten*, die aufgrund der global zur Verfügung stehenden Informationen die billigsten und besten Produkte aussuchen können.

Mit Hilfe vieler Statistiken und Schaubilder sucht Ohmae seine These zu untermauern, daß die Menschen ohne die Umverteilungspolitik der Nationalstaaten ein besseres Leben führen könnten. Entscheidend für die Lebensqualität der Menschen gilt für Ohmae einzig und allein das durchschnittliche Bruttonettoprodukt (BSP), das er für alle seine Berechnungen zugrundelegt. So entgeht ihm natürlich, wie ungleich beispielsweise in einem Schwellenland wie Brasilien die Einkommen verteilt sind, und wie der Reichtum eines Landes eben nur einer sehr kleinen Oberschicht zugute kommt, die Massen jedoch immer ärmer werden.

Mag auch manches an der Analyse von Ohmae für sein Heimatland Japan zutreffen, so muß das Buch jedoch insgesamt in die Reihe der Werke verwiesen werden, die heute im Zeitalter der Globalisierung einen neuen Buhmann suchen, der die Unvollkommenheiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf

sich nehmen soll. In Ohmaes Analyse muß der Nationalstaat für alle Ungereimtheiten und nichterklärbaren Phänomene herhalten. Letztlich vertritt Ohmae ganz banal die These: „Der Markt wird's schon richten.“ Für eine Analyse der heute ablaufenden ökonomischen und politischen Prozesse erscheint diese Herangehensweise doch etwas verfehlt.

Sibylle Weicker

Lester C. Thurow

Die Zukunft des Kapitalismus

Deutsch v. Ursula Reineke mit Christiane Ferdinand-Gonzales und Angelika Haarkamp. Hg. v. Matthias Horx, Düsseldorf/München 1996 (Metropolitan-Verlag), 527 S., 98.-DM.

Der Ökonom Lester C. Thurow darf wohl zu den rührigeren seiner Zunft gezählt werden: an vorderster Stelle stehen dabei sein unermüdlicher wie unerbittlicher Publikationsdrang und -erfolg, seine diversen Aufgaben in den *editorial staffs* so bedeutender Printmedien wie der *Newsweek* und der *New York Times* sowie seine akademische Tätigkeit als Professor der Sloan School of Management am *think tank* der USA, dem MIT. Nicht nur wegen seiner populärwissenschaftlichen,

oft auch ins Simplizistische und Breitfedrige abgleitenden Veröffentlichungen der letzten Jahre, *Die Null-Summen-Gesellschaft* (The Zero-Sum Society) und *Kopf an Kopf* (Head to Head), handelte er sich den Spitznamen „Less (than) Thorough“ ein. Der Neid wie die Unfähigkeit der Kollegen, die es offensichtlich nicht verstanden haben, eine natursprachliche Schneise in die wirtschaftswissenschaftliche Formalsprache zu schlagen, mag dabei genauso eine Rolle spielen wie Thurows nicht gerade ideologisch im Trend liegenden linksliberal-keynesianischen Ideen als auch dessen Kehrseite, sein Beharren auf althergebrachten ideologischen Ladenaufwärtshütern. Sein immer wieder vortragenes Credo, wir befänden uns in einer Zeit des Umbruchs, legt die Vermutung nahe, hier präsentiere sich jemand, der neue Leiden mit alten Mitteln heilen will.

Die Zukunft des Kapitalismus ist der Versuch, das kapitalistische Wirtschaftssystem, das nach dem Ende des Kalten Kriegs konkurrenzlos übrig geblieben ist, mit Aufgaben vertraut zu machen, zu deren Lösung ihm die Mittel fehlen oder schwinden. Ob dieser Mangel vorübergehender oder prinzipieller Natur ist, ob naturgesetzlich-deterministisch und damit unveränderbar oder nur naturhaft-veränderbar, bleibt über weite Strecken des Buches unklar. Genauso unklar bleibt, ob diese Aufgaben in-

Bücher zum Thema

nerhalb des Systems gelöst oder nur durch dessen Sprengung bewältigt werden sollen oder können.

Diese Unklarheiten sind in erster Linie der Anlage des Buches zuzurechnen, das mit aus zwei Naturwissenschaften, der Geographie und der Biologie, entlehnten Hauptmetaphern oder -analogien, den „Tektonikplatten“ und dem „gestörten Gleichgewicht“, operiert:

1. Es gibt, so Thurow, heutzutage fünf Tektonikplatten der Wirtschaft. Diese bräuchten in dauernder, wenn auch oberflächlich kaum spürbarer Bewegung zueinander eine neue gesellschaftliche Konstellation hervor, die ungeahnte und eruptive Veränderungen zeitige:

- das Ende des Kommunismus,
- die neue Ära wissenschaftlicher Technologien,
- das Anwachsen und Älterwerden der Weltbevölkerung mit zunehmender Mobilität in Form von Migration und Wohnortwechsel,
- die Globalisierung der Weltwirtschaft,
- die Tendenz zu einer multipolaren Welt ohne dominierende Einzelmacht.

2. Wir leben, beschreibt Thurow die Gegenwart, in einer Zeit des „gestörten Gleichgewichts“, in der die Umweltbedingungen sich plötzlich, wenn auch nicht unerwartet, verändern, und in der „nur die Stärksten überleben werden“.

Der methodische Mangel dieser Anlage ist, daß Thurow nicht ersicht-

lich macht, in welcher Verbindung diese beiden Metaphern eigentlich stehen. Sind beide kausal verantwortlich für ein Drittes, etwa die Krise des Kapitalismus oder - weitergehend - der Lebenswelten; schaffen die tektonischen Veränderungen einen Zustand gestörten Gleichgewichts oder ist es umgekehrt; sollen die Metaphern lediglich die methodologische Hilflosigkeit der Wirtschaftswissenschaften im Umgang mit holistischen Systemen vor Augen führen oder gar deren Unfähigkeit, Prognosen für das System als Ganzes zu leisten, - nach dem Motto: je erfolgreicher die kurzfristigen Prognosen der Wirtschaftswissenschaften, desto verschwommener der langfristige Zeithorizont? Thurow meint wohl von allem ein wenig und immer dann etwas Bestimmtes, wenn es paßt.

Inhaltlich macht das Buch im Wesentlichen zwei Grundaussagen: 1. Die Demokratie als System egalitärer Rechte verträgt sich nicht mit dem Kapitalismus, einem System, in dem „nur der Stärkere überlebt“; oder anders: Technik (kapitalistische Praxis) und Ideologie („Wohlfahrt für alle“) driften im Kapitalismus immer mehr auseinander (oder „vermischen sich nicht mehr reibungslos“). - 2. Dominante Systeme ohne Konkurrenz verlieren die Fähigkeit zur Anpassung an veränderte Umweltbedingungen. Der Kapitalismus ist heute, nach dem Ende des Kommunismus und anderen veränderten Umweltbedin-

veränderten Umweltbedingungen (siehe die anderen vier Tektonikplatten), ein dominantes System ohne Konkurrenz.

Bevor ich auf diese beiden Hauptthesen näher eingehen werde, soll zunächst Thurows „ökonomische Plattentektonik“ abgesprochen werden. In der Vergangenheit des Kalten Krieges, so Thurow, sei die Demokratie ein optimaler politischer Apparat gewesen, der die Schwachen und die Verlierer des Marktes, an erster Stelle die Arbeitslosen, einsammelte und in die Gesellschaft reintegrierte. Dafür stand der Sozial- oder Wohlfahrtsstaat. Die Schaffung einer mehrheitsbildenden Mittelschicht war die Folge. Doch schon in den siebziger Jahren seien wachsende Disparitäten in der Einkommensverteilung aufgetreten, trotz steigenden Bruttoinlandsprodukts in den führenden Industrieländern. So sank z.B. in den USA das Einkommen für das untere Fünftel der Bevölkerung von 1973-93 um 3%, während es für das obere Fünftel um 16% zunahm. Diese Reallohneinbußen mußten vor allem auch von der ehemals ideologisch und politisch mehrheitsbildenden Trägerschicht des Kapitalismus, der Mittelschicht, hingenommen werden.

Zu dieser Polarisierungsthese steht nun Thurows Theorie der insgesamt fünf „Tektonikplatten“ in einem explikativen Verhältnis.

1. Mit dem Ende des Kommunismus habe sich durch Öffnung eines Marktes billiger und gut ausgebildeter Arbeitskräfte („Der Sozialismus hat schon immer viel in die Bildung der Bürger investiert“) der Druck auf die untere Hälfte der Einkommen verstärkt (Faktorausgleichstheorem).

2. Gleiches gelte im Zuge der Globalisierung der Weltwirtschaft: Firmen lagern arbeitsintensive wie unqualifizierte Arbeit erfordernde Produktionsprozesse in Billiglohnländer der Dritten Welt aus, die ihrerseits ihre quasi-sozialistische Überlebensstrategie der Import-Substitution (Substitution von Importen durch inländische Produkte mit dem Ziel kolonialer Unabhängigkeit) durch Beteiligung am Weltmarkt aufgeben. Lediglich am Rande fordert hier Thurow, der 3. Welt solle ein wirklicher Zugang zum Weltmarkt ermöglicht werden; die Überlegung, ob sich dieser Zugang langfristig bezahlt machen könnte, taucht gar nicht auf.

3. Die Umverteilung von unten nach oben identifiziert Thurow mit einer Umverteilung von jung nach alt: „In den kommenden Jahren wird den Klassenkampf wahrscheinlich neu definieren: nicht mehr „arm“ gegen „reich“, sondern „jung“ gegen „alt“,.. (154). Die Alten profitierten heute von der freigebigen Sozialpolitik der Nachkriegsära, lebten daher von großzügigen Pensionen und nahmen

Bücher zum Thema

zahlenmäßig stetig zu. Damit verbindet er zwei Problemfelder: zwar würden die Staatspensionen/renten immer weniger umlagefinanzierbar (demographische Schiefelage zwischen alt und jung), doch kümmerte dies fiskalische Problem die bestehende ältere Bevölkerung, weil sie „politisch unschlagbar“ sei, herzlich wenig. Der Sozialstaat degeneriert vollends zum Selbstbedienungssaparat und wirtschaftet sich so selbst bankrott. Zum zweiten seien die Alten gegen zukunftsorientierte Investitionen, da sie davon nicht profitieren. Sie werden stets gegen Bildungs- und Schulprogramme stimmen. Die Demokratie als Machtapparat verhindere hier die nötigen Reformmaßnahmen.

4. Dieser letzte Punkt trägt weiter zur Verschärfung der Krise des Kapitalismus bei; denn in den Ländern der „Ersten Welt“ werde die unqualifizierte Arbeit immer unwichtiger, Bildungsinstitutionen zur Höherqualifizierung der Arbeit jedoch immer notwendiger. Nicht nur könne die unqualifizierte Arbeit woanders billiger eingekauft werden kann, sondern auch die Arbeitsprozesse haben sich durch neue Kommunikationstechnologien radikal geändert. Ganze Management- und Arbeitsebenen würden eingestampft und von höherqualifizierten Mitarbeitern übernommen.

Thurow vertritt hier, wie auch an anderen Stellen, eine von der Neoklassik abweichende Lohntheorie,

nach der die Löhne und Gehälter nicht nur von der Produktivität der einzelnen abhängen (dies ist der Kern der *wage competition theory of labor*), sondern vor allem von der Einsetzbarkeit seiner Qualifikationen im gesamten Arbeitsprozeß und seiner nicht primär aktuellen, sondern potentiellen Fähigkeit, der Lernfähigkeit und dem Weiterbildungspotential, (*job competition theory of labor*).

Wenn man so will, konstatiert Thurow hier in Hinblick auf den gesamten Arbeitsprozeß eine „ontologische Verschiebung“ vom neoklassischen Modell „Produktivität-Person“ zum komplexeren Konzept „potentielle Produktivität-Person im Team“. Daher genügt es nach Thurows Lohntheorie nicht mehr, nur absoluterweise eine hohe Qualifikation anzustreben, sondern eine Qualifikation, die relativ über denen der anderen liegt (*concept of labor queue*).

Die Qualifikation wird so zu einem Wettbewerbsvorteil im Kampf um Arbeitsplätze.

Doch obwohl diese Höherqualifikation der Arbeit in den entwickelten Industrieländern immer notwendiger wird, fänden die Investitionen in das Humankapital nicht statt. Thurow macht hierfür den Kapitalismus selbst verantwortlich; denn:

„1. An Humankapital läßt sich kein Eigentum erwerben.

2. Investitionen in Humankapital bedürfen eines längeren Zeitraumes, als der Kapitalismus es erlaubt.

3. Die Investitionen in Geisteskapital, die zum Aufbau wissensorientierter Branchen erforderlich sind, müssen in einem gesellschaftlichen Kontext getätigt werden, die der individualistischen Orientierung des Kapitalismus völlig zuwiderläuft" (413).

Dies gelte für alle drei Spieler des Marktes, die Unternehmungen, die Haushalte und den Staat. Historisch gesehen, hätten die Unternehmen zunächst das staatliche Engagement im Bildungssektor genutzt und sich dann, nach dem Rückzug des Staates aus diesem Bereich, als Trittbrettfahrer der Haushalte verhalten. Die Arbeitnehmer haben nun selbst für ihre Ausbildung zu sorgen, erfahren jedoch keinerlei Weiterbildungsmaßnahmen, weil die Unternehmen lieber höherqualifizierte Mitarbeiter einstellen als bestehende weiterzubilden. Das kommt billiger. Vollends verfahren würde die Situation spätestens dann, wenn auch der *sucker* des Bildungssystems, die Haushalte, nicht mehr bereit und in der Lage sind, für die Ausbildung der Kinder zu sorgen. Diese wird immer teurer (um einen Job zu finden, muß die Qualifikation immer höher sein) und die Risiken werden immer größer (wann bekommt man einen Job und welchen?). Aus Sicht der Privathaushalte sinkt der Nut-

zen einer Investition in die Ausbildung der Nachkommen rapide.

5. All diese Schwierigkeiten könnten jedoch gelöst werden, wenn man einen Gesichtspunkt miteinbezieht, der bisher noch nicht angesprochen wurde: der Umstand nämlich, daß wir es nicht mehr mit Nationalökonomien allein, sondern mit einer globalen Weltwirtschaft zu tun haben. Bis in die 80er Jahre funktionierte diese traditionellerweise so, daß die USA als Wachstums- und Investitionslokomotive den Rest der Ersten Welt mitzog: Japan und Deutschland erzielten ihre Exportüberschüsse vornehmlich mit den USA. Die ausgegebenen Dollars holte sich die US-Wirtschaft wieder über die Investitionen ausländischer Unternehmen im Inland herein. Obwohl es trotzdem zu einem Fall des Dollars kam (das Angebot überstieg tendenziell die Nachfrage nach dem greenback), hatten die USA - so Thurow - bis dato kein Interesse, an diesem Zustand etwas zu ändern; denn zum einen bewirkte der Fall des Dollars um 5 % in den USA lediglich ein Ansteigen der Verbraucherpreise um 0,2%, und zum anderen trugen gerade die Importe zu einer Abschwächung der Inflation bei: sie waren schlichtweg billiger als einheimische Produkte.

Dennoch werde der Dollar, meint Thurow, bei einer dauerhaften und weiteren Abwertung nicht mehr als Reservewährung anerkannt werden. Der Grund hierfür sei, daß die aus-

Bücher zum Thema

ländischen Unternehmen zwar alles in den USA für „nen Appel und 'n Ei“ aufkaufen können, daß ihnen jedoch schon im nächsten Moment diese Investitionen inklusive deren Renditen in ihrer Heimatwährung durch die Finger rinnen.

Thurow verwendet hier eine seltsam absolute Argumentation, der entgegenget werden kann, daß eine Währung nur einen relativen Wert als Reservewährung hat, d.h. daß sie gegenüber anderen *mehr* Anerkennung besitzt (relativer Ansatz). Momentan und auf lange Sicht ist keine Währung zu sehen, die den Dollar - trotz „Euro“ - ernsthaft in dieser Rolle ersetzen könnte. Zudem scheint Thurow zu glauben, der Außenwert des Dollars werde nicht durch die amerikanische Notenbank, die Fed, gesteuert (siehe dazu Greenspans Maßnahmen, den Dollarüberfluß wieder abzuschöpfen.). Und schließlich hat Thurows Argument die

Geschichte eingeholt; denn der Dollar steht derzeit wieder auf ca. 1.80 DM, mit Tendenz nach oben. Was aber waren die Kräfte, die dies bewirkten? Thurow bezieht sie noch nicht einmal hypothetisch in seine Überlegungen ein.

Kommen wir nach dieser Theorie der „fünf Tektonikplatten“ wieder zu den beiden Hauptthesen Thurows zurück, nach denen Kapitalismus und Demokratie sich nicht länger vertragen und der Kapitalismus, als konkurrenzloses System, seine

Anpassungsfähigkeit verliere. Nach dem Ende des Kalten Krieges liefern, so Thurow, Kapitalismus und Demokratie kein *common good* in Form des „Mehr Wohlfahrt für alle und mehr Wohlfahrt als im Kommunismus“ mehr, weil sie es nicht brauchen. Auf der Suche nach dem neuen Gemeingut, das die Klammer des alten Systems übernehmen könnte, bietet uns Thurow lediglich den Staat an. Dieser soll zwar offensichtlich nicht mehr der alte Wohlfahrtsstaat sein (er kann es auch nicht mehr sein, da Thurow selbst zugibt, er sei bankrott); dennoch müsse er noch drei Aufgaben wahrnehmen: eine antizyklische Fiskalpolitik nach keynesianischem Muster, eine Industriepolitik, die in Infrastrukturmaßnahmen und Grundlagenforschung investiert, sowie Investitionen ins Humankapital. Diese Aufgaben könne der Markt, wie Thurow meint, wegen der Langfristigkeit der Investitionen (unschätzbare Risiko), des Kapitalbedarfs und der individualistischen Orientierung des Kapitalismus (siehe auch oben „Humankapital“) nicht wahrnehmen.

Doch dieser staatsinterventionistische Lösungsansatz läßt die Kardinalprobleme unverändert. Denn wie sollen erstens diese Aufgaben vom Staat wahrgenommen werden, wenn er nach Thurows eigenen Analysen bankrott ist? Was soll zweitens mit den Verlierern (die Soziologie nennt sie heute „Modernisierungsverlie-

rer?) geschehen oder, anders ausgedrückt, wie die Polarisierung der Gesellschaft verhindert werden? Und wie kann drittens der nicht-individualistische Kontext geschaffen werden, innerhalb dessen die zukunfts wichtigen Investitionen getätigt werden sollen?

Bezüglich des ersten Problemkreises betont Thurow immer wieder die Notwendigkeit, in *long terms* zu denken und ökonomisch zu handeln, und gelangt so zur traditionellen Forderung, diese langfristigen Aufgaben habe der Staat zu übernehmen. Was nicht sein kann, muß einfach sein, heißt also die paradoxe Thurowsche Lösungsformel. Er scheint zu übersehen, daß die stattfindende Globalisierung - darin ist die Literatur sich heute weitgehend einig⁹ - die Deregulierung der nationalen Märkte und deren Öffnung zu einem globalen Weltmarkt zum Ziel hat und, infolge dessen, das Schwinden nationalstaatlicher Regulierungsmaßnahmen bewirkt. Aus Subjekten des Wirtschaftsgeschehens werden die Staaten zu Objekten der *global players*. Das Kapital sucht sich im expandierenden globalen Weltmarkt nun auch auf den Arbeitsmärkten, dem letzten Be-

reich von staatlicher Einflußnahme und Kontrolle, die ertragreichsten bzw. kostengünstigsten Bedingungen. Diese Selektionsmacht der *global players* bedient sich, wie D. Brock bemerkt, der staatlichen Organisationsmacht auf instrumentelle Art und Weise: „Ergebnisse nationaler Interessenauseinandersetzungen sind für globale Akteure nur noch bloße Standortmerkmale, Daten für selektive Entscheidungen“ (Brock, 18). Damit aber wird die klassische Rolle des Staates als oberster Wirtschaftsakteur, die Thurow diesem noch zuweist, schwinden.

Thurow spricht dies noch nicht einmal an, und so geraten ihm auch eine Reihe nachfolgender Problemkreise nicht ins Blickfeld, wie die Fragen, was den Nationalstaat als Wirtschaftsakteur auf globaler Ebene ersetzen könnte (UNO, WTO), oder ob eine globale Instanz überhaupt vonnöten ist (Theorie des totalen Laissez faire). Er behandelt auch nicht die Fragen, wie weit (horizontal geographisch, kulturell) und wie tief (vertikal, gesellschaftliche Dimensionen betreffend) die Globalisierung gehen kann, da auch die globalen Akteure keinen ökonomischen Reduktionismus ohne Rücksicht auf die kulturellen Eigenheiten des Standortes betreiben. Auch ist die vertikale Integration der gesellschaftlichen Sphären in den Globalisierungsprozeß keineswegs eindimensional, sondern schichten- und bildungsabhängig.

⁹siehe J. Friedrichs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B33-34/97, S. 3-11; D. Brock, in: ebd., S. 12-19; R. Welzmüller, in: ebd., S. 20-28; Otto G. Mayer, in: ebd., S. 29-38.

Bücher zum Thema

Drittens ist schließlich die politische Dimension zu berücksichtigen. Der Staat mag zwar nicht mehr, so könnte Thurow entgegenen, als Wirtschaftsakteur auftreten, aber damit ist noch nicht ausgemacht, daß er auch seine Rolle als Transferapparat überhaupt verliert: Steuern wird es immer noch dann geben, wenn eine politische Gemeinschaft der Meinung ist, bestimmte Leistungen müssen von der Allgemeinheit getragen werden, weil das einzelne persönliche Interesse zu gering daran sei.

Zum zweiten Problemkreis, der Polarisierung der Gesellschaft in untere und obere Einkommensklassen und dem Verschwinden der Mittelklasse, stellt Thurow zwar fest, daß diese Tendenzen auf sozialer wie politischer Ebene Krisen zeitigen, doch es findet sich bei ihm kein einziges Wort zu ihrem ökonomischen Aspekt. So blendet er den trade-off zwischen der Einkommenspolarisierung und der Arbeitslosigkeit in einer globalen Weltwirtschaft aus.

Entweder man nimmt einen (relativ zur Qualifikation und zur Vergangenheit) unterbezahlten Job an oder ist arbeitslos.

Im Gegensatz zu Europa sind die USA diesen Weg gegangen und haben (nicht nur deswegen) eine weit aus geringere Arbeitslosigkeit. Das soll nicht den oft vorgebrachten Vorwurf an das amerikanische Modell verewigen, dort seien vor allem nur *low paid jobs* in den letzten 10

Jahren entstanden (das ist objektiv Unsinn; man lese die Zahlen des Bureau of Census), sondern prinzipiell ein Verteilungsmodell einem anderen gegenüberstellen:

entweder Arbeit für alle und einige müssen sich mit weniger als früher zufrieden geben, andere aber können durch hohe Risiken viel verdienen ODER gesicherte, risikolose Arbeit für die meisten, die keinerlei oder kaum Abstriche von ihren Einkommen zulassen, und die Arbeitslosen bleiben strukturell und langfristig außen vor. Das amerikanische Modell besitzt dabei zwei entscheidende Vorteile: einmal sind Wachstum und *job creation* wieder gekoppelt; im Gegensatz dazu ist dies im europäischen Modell nicht der Fall. TNC (Transnational Corporations) kaufen ihre Arbeit auf billigeren Arbeitsmärkten ein und investieren auch nicht mehr in Europa. Dadurch werden auch auf lange Sicht keine neuen Jobs entstehen. Zum zweiten hat das amerikanische Modell unvergleichbar geringere staatliche Sozialkosten zu bewältigen. Der Einwand, das dies kulturell verschieden sei („Europa akzeptiert solche soziale Polarisierung nicht“), wiegt schwer, da die damit verbundene soziale Kohäsion stets ein Standortvorteil Europas war, jedoch wird sie empirisch konterkariert: der Sozialstaat ist bankrott und jeder versucht im bellum omnium contra omnes die letzten Vorteile aus dem Sozialsystem he-

rauszuschlagen. So ist die Forderung in Europa nach „sicheren Jobs mit sicherem Einkommen“ selbst zur Ideologie der alten Besitzstandsbourgeoisie geworden.

Thurow erwähnt auch nicht, daß die Polarisierung als direkte Folge der Globalisierung des Arbeitsmarktes nicht nur Nachteile für die hiesigen Einkommensempfänger, sondern auch Chancen für die Länder bietet, die mit Niedriglohn Investitionen locken. Freilich dient die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionszweige weniger dem Zweck, der Dritten Welt zu helfen, sondern folgt der Formel „Übermittlungskosten < Lohndifferenz“, und will die Produkte kostenseitig niedrig zu halten; doch diese Tendenz zeigt, daß immer mehr Produktionszweige ausgelagert werden und die Dritte Welt-Länder die Chance wittern, zu lernen. So ist Indien, nachdem es früher lediglich Textilien und Lederwaren produzierte, heute zu einem Hauptplatz der Softwareprogrammierung geworden. Mit dem Wissen aber werden eigene Firmen auf den Weg gebracht, die nun selbstbewußt auftreten.

Bei der Suche schließlich nach der neuen nicht-individualistischen Klammer bleibt es in Thurows Buch, statt neuere Lösungsversuche zu untersuchen und einer Kritik zu unterziehen, beim bloßen Appell an den Staat. Das kommunitaristische Programm etwa findet sich damit ab, daß wir in einer Zeit des „small

government“ leben und reagiert darauf mit dem Subsidiarmodell. Thurow wird dies vermutlich ablehnen; diskussionswürdig ist es jedoch allemal, zumal es schlichtweg ein Faktum beschreibt. Seine Ablehnung dürfte er mit den fundamentalistischen Tendenzen dieses Programms begründen, die sicher ein Gefahrenmoment bilden. Aber damit bleiben auch die verteilungstheoretischen Aspekte des Kommunitarismus, um die es ja primär geht, undiskutiert.

Abgesehen vom Appell an den Staat besitzt Thurow für keines der von ihm aufgeworfenen Probleme des kapitalistischen Wirtschaftssystems einen Lösungsansatz. Passagenweise erinnert Thurows Buch über *Die Zukunft des Kapitalismus* an ein Schattenboxen mit alten ideologischen Gespenstern. Trotzdem ist es wert, sich mit ihm auseinanderzusetzen, allein schon, weil auch dieses Buch zum Bestseller geworden ist.

Wolfgang Melchior